



POLITIKUM
AKADEMISCHE SIMULATION *Jahr XXV*

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

AUTOREN:
Giuliana Paredes
Rafael García-Herreros

MAI, 2021

Akademischer Direktor: Dr. Andrés González
Kommunikationsdirektorin: Sofía Vaca, M.A.

© Copyright 2021. **Corporación de Estudios POLITIKUM**

Alle Inhalte dieses Hintergrundinformationsheft, insbesondere Texte, Logos, Design und Grafiken sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, bei **Corporación de Estudios POLITIKUM**.

Es ist verboten, Teile oder den ganzen Inhalt dieses Heft zu veröffentlichen ohne die ausdrückliche und schriftliche Erlaubnis von **Corporación de Estudios POLITIKUM**.

DAS SZENARIO IN 2025 DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Als sich die COVID-19-Pandemie 2020 weltweit ausbreitete, waren die Regierungen auf der ganzen Welt gezwungen, obligatorische Quarantänen zu verhängen, die die Wirtschaft kleiner und mittlerer Händler, Unternehmer und vieler weiterer Arbeitnehmer stark benachteiligten und tiefe finanzielle Rezessionen verursachten. In der Europäischen Union folgten drei Volkswirtschaften dem Beispiel des britischen „Brexit“ und traten 2023 aus der Union aus, nämlich Spanien, Portugal und Griechenland. Im Rahmen des sogenannten ESPORTUGREXITS und nach den jeweiligen Referenda und parlamentarische Abstimmungen, hörten diese Länder auf, Mitglied in der Europäischen Union zu sein. Sie haben somit ihren eigenen Weg in eine ungewisse Zukunft aufgeschlagen. Dieser Schritt wurde ermöglicht durch die Finanzierung des Internationalen Währungsfonds, der aber auch gleichzeitig sehr harte Anpassungsmaßnahmen erforderlich machte, so dass es diesen Ländern keine andere Wahl blieb. Nun, da die Europäische Union abrupt „geschrumpft“ ist und im Jahr 2025 eher zerbrechlich wirkt, sieht sie sich mit dem schwierigsten Szenario ihrer Geschichte konfrontiert.

1. Eine alte Wunde öffnet sich wieder

Die tiefe globale Rezession infolge von COVID-19 hat die schwächsten Wirtschaften der Europäischen Union hart getroffen. Die osteuropäischen Länder, die einst zum Warschauer Pakt gehörten (Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Slowakei) haben verschiedene Finanzierungsvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausverhandelt. Diese frischen Kredite, genannt *POST-COVID-Relief-Packages*, haben die jeweilige Auslandsverschuldung dieser Länder erhöht und sie zu radikalen Sparmaßnahmen gezwungen.

Im Rahmen dieses Prozesses haben sich viele Regierungen in Osteuropa für eine eher protektionistische Handels- und Wirtschaftsdoktrin entschieden. Sie haben begonnen, die wirtschaftlichen Institutionen der Europäischen Union als Hindernis für die Entwicklung ihrer eigenen Industrien zu sehen und betrachten Institutionen wie die Europäische Zentralbank für Wiederaufbau und Entwicklung und die EU-Kommission als Symbole einer veralteten wirtschaftlichen Abhängigkeit, anstatt sie als Mechanismen für die Förderung ihrer eigenen Marktwirtschaft zu bewerten. Aus diesen Gründen haben die osteuropäischen Länder in verschiedenen Pressekonferenzen immer wieder ihren Wunsch geäußert, die EU zu verlassen, so wie es Spanien, Portugal und Griechenland bereits getan haben.

2. Ein neuer Austritt würde die EU beenden

Der Austritt dieser 6 Ländern, Tschechien, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Slowakei aus der EU gefährdet die gesamte Existenz der Union. Die Regierungen dieser Länder argumentieren, dass sie nur dann in der Union bleiben werden, wenn sie ihre wirtschaftliche Autonomie von den EU-Institutionen beibehalten können und ihnen erlaubt wird, außerhalb der Konditionen der EU ihre Handelsbeziehungen selber zu bestimmen, so dass sie eine unabhängige Wirtschaft haben, die ihnen erlaubt, ihre Schulden schneller abzubezahlen und ihre Industrien zu entwickeln.

Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs sind bereit, den von den anderen Ländern geforderten Zugeständnisse entgegenzukommen, verlangen aber eine größere Disziplin bei den Finanzen und der Bezahlung der Schulden. Ebenso warnen Deutschland und Frankreich die anderen Länder, dass ein endgültiger Austritt aus der EU ihrerseits die wirtschaftlichen Beziehungen, die sie derzeit mit ihren jeweiligen Regierungen führen, drastisch verändern würde.

3. Europa versinkt 2025 im Meer des Rechtspopulismus

Eine andere Bedrohung für das Weiterbestehen der EU liegt am Rechtsextremismus. Bis 2025 konnte man in osteuropäischen Ländern, wie rechtspopulistische und rechtsextreme Leitfiguren und Strömungen aufgetaucht. Der Rechtsruck ist aber nicht nur in Osteuropa verfestigt. In Deutschland führt seit 2022 Markus Söder, ein Mitglied der deutschen konservativen Partei CSU, nachdem der 2021 gewählte Kanzler aus der Christlich Sozialen Union, Armin Laschet durch ein Misstrauensvotum vom deutschen Bundestag aufgrund eines Korruptionsskandals mit der Autoindustrie abgesetzt wurde. Ebenso wurde in Frankreich die ebenfalls rechtskonservative mit ultrarechten Überzeugungen Marie Le Pen zur ersten französischen weiblichen Präsidentin 2024 gewählt. Angesichts der überwiegenden rechtsextremen und rechtskonservativen Ideologien quer durch Europa, die sich unter anderem gegen Migration und Freihandel innerhalb Europas und mit den Vereinigten Staaten richten, droht der Europäischen Union mit Frankreich und Deutschland als führenden Ländern in Europa der Zerfall.

Einige Länder wie Österreich, wo Kanzler Sebastian Kurz abgesetzt wurde aufgrund von der „Ibiza-Affäre“ aus dem Jahr 2019, und Belgien, wo ein Fußball Skandal die Regierung 2021 zum Kollaps gebracht hat, stellen sich mit ihren jeweiligen Linksparteien gegen die rechtspopulistische Strömung. Darüber hinaus gibt es in den skandinavischen und baltischen Ländern sowie in den Niederlanden und Luxemburg eine aufkommende Position linker Ideologien gegen die Auflösung der Europäischen Union.

4. Migration: das ewig nicht gelöste Problem

Aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Krise, durch die die ganze Welt navigiert nach der neuen Pandemie von COVID-22, ist die Migrationsrate auf dem Kontinent sprunghaft angestiegen. Vor allem durch Italien, Bulgarien, Österreich und Ungarn strömt ein riesiger

Migrantenstrom meistens aus Nordafrikanischen und arabischen Ländern nach Nordeuropa. Diese ernsthafte Entwicklung, die eine klare Bedrohung und einen Konflikt für die Europäische Union darstellt, widerspiegelt sich im Auffuhr seitens der Bevölkerung, die sich im Stich gelassen fühlt. Einerseits gibt es humanitäre Organisationen, die sich um Migranten und deren Kinder kümmern. Andererseits gibt es Gruppierungen, die strikt gegen die Migrantenströmungen sind, denn sie sind der Meinung, die gefährden die Gesundheit, die Sicherheit und die sogar die Kultur der europäischen Länder. Aufgrund der rechten Strömungen in den europäischen Ländern haben sich auf kontinentaler Ebene Proteste und Demonstrationen entladen. Die Sparmaßnahmen, die in verschiedenen Ländern mit rechten Regierungen durchgeführt wurden, haben zu massiven Demonstrationen gegen diese Regierungen und gegen das Neoliberalismus-Modell im Allgemeinen geführt. Viele der betroffenen Länder haben auf die Demonstrationen mit gewaltsamer Unterdrückung reagiert, was dazu geführt hat, dass sich verschiedene Gruppen der extremen Linken zusammengeschlossen haben, um die Regierungen organisiert zu bekämpfen. Die Migration und ihre Folgen werden zum politischen Sprengstoff für die Demonstrationen und in vielen Ländern werden Stimmen laut, die sich gegen das Weiterbestehen der Europäischen Union stellen.

5. COVID-22: Die neue Variante für ein größeres Problem

Auch die weltweite Situation aufgrund der neuen Variante des Virus, COVID-22, stellt die Europäische Union vor einer riesigen Herausforderung. Zwar haben die meisten Länder sich nach einer flächendeckende Impfkampagne 2021 erfolgreich gegen COVID-19 geschützt. Allerdings ist die neue Pandemie mit der Variante COVID-22 in Europa erneut außer Kontrolle geraten.

Millionen Menschen haben sich damit infiziert und die Frage nach der Verteilung der Impfstoffe wurde erneut ausdiskutiert. Länder wie Deutschland verfügen über die Mittel,

alle Bürger der Europäischen Union impfen zu lassen. Die Organisation der neuen Massenimpfung ist allerdings ein größeres Problem, denn nicht alle Länder werden gleich schnell immunisiert. Dies hat dazu geführt, dass Länder wie Ungarn und andere ehemalige Ostblockstaaten sich dafür entschieden haben, mit China und Russland direkt für die Impfungen zu verhandeln, und nicht über die EU. Diese Ungleichheit beim Zugang zu Impfstoffen hat auf dem europäischen Kontinent mehrere Proteste ausgelöst und prangert das Missmanagement bei der Koordinierung der Verteilung dieser Mittel durch die Europäische Union an.

SCHLUSSFOLGERUNG: DER BRÜSSELER PLAN ALS WEG AUS DER KRISE?

Nach all den oben beschriebenen Problemen und Herausforderungen, wollen die führenden Regierungen der EU, nämlich Deutschland und Frankreich einen Weg finden, die EU trotz allen Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten. Gemeinsam haben Kanzler Söder und Präsidentin Le Pen den sogenannten „Brüsseler Plan zur Rettung der Europäischen Union“ im Rat der Staats- und Regierungschefs vorgestellt. Diese Initiative konzentriert sich auf sowohl wirtschaftliche und finanzielle Lösungen Maßnahmen, um den Verbleib der östlichen Länder in der EU zu sichern. Dazu sollen sogenannte „Sozialklauseln“ ausgearbeitet werden, die die Demonstrationen mildern sollten und zuletzt sollen auch konkrete Pläne für eine organisierte und humanitäre Migration ausgearbeitet werden.

Im „Brüsseler Plan“ sollen Finanzhilfen, Handelsvorteile, Subventionen im Agrarsektor sowie mehr Beihilfen für kleine oder ressourcenarme Länder in der EU-Politik geben. Die Klauseln sollten für alle Mitgliedsländer vorteilhaft sein und für eine prosperierende wirtschaftliche und/oder soziale Zukunft der Mitgliedsländer sorgen. Aufgrund seiner Bedeutung wird er als offizieller Nachfolger des Vertrags von Lissabon angesehen, da er der Union für die Zukunft helfen wird. Diese Initiative, die von den mächtigsten Ländern der Europäischen Union, nämlich Deutschland und Frankreich, ins Leben gerufen wurde,

soll allen Ländern zugutekommen, so dass jeder Regierung aufgefordert wird, entsprechend der politischen und sozioökonomischen Position seines Landes zu handeln, um der EU eine neue Vitalität zu geben und sie weiterhin zu erhalten. Die Frage ist, ob eine wirtschaftliche Reform genügt, oder ob die Europäische Union sich komplett umorganisieren sollte, um diese Krise zu bewältigen.

Die Krise der Europäischen Union wird bei POLITIKUM JAHR XXV von 9 Ländern des Rats der Europäischen Union behandelt. Alle Staaten sollten sich auf dieses Szenario vorbereiten. Als Grundvorbereitung sollen alle Teilnehmer:innen die wichtigsten Fakten über das eigene Land wissen. Allerdings sollten die Delegierten auch die Vorbereitung auf folgende Fragen einleiten:

1. Welche Position vertritt mein Land in dieser Krise? Bin ich für das Ende der EU oder nicht? Und warum vertritt mein Land diese Position?
2. Welche Gefahr besteht für mein Land, wenn die EU zerbricht? Wird mein Land politische und wirtschaftliche Folgen haben?
3. Welche Vorteile wird mein Land haben, wenn die EU weiter besteht?
4. Wie kann ich zur Lösung beitragen? Was wären die Aufforderungen meines Landes zum Brüsseler Pakt?
5. Was wären die Alternativen zur Europäischen Union für mein Land, politisch und wirtschaftlich?

Die Delegierten müssen wissen, wie sich das, was in der Debatte beschlossen wird, auf die Zivilgesellschaft in ihren Ländern auswirken kann. Sie müssen Lösungen vorschlagen, die mit den Forderungen der Bevölkerung übereinstimmen, oder im Gegenteil, sie müssen mit den Folgen rechnen, wenn sie dies nicht tun.

DELEGATIONEN FÜR DEN RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Damit das hypothetische Szenario von POLITIKUM JAHR XXV durchspielen zu können, haben wir 9 Länder der Europäischen Union ausgewählt. Die hier angegebenen Daten sind als Anfangspunkt zu betrachten. Alle Delegierten sollen sich an diese Positionen richten, um ihr jeweiliges Land im Rat der Europäischen Union zu vertreten.

1. Bundesrepublik Deutschland

- **Staatsoberhaupt:** Bundespräsident Horst Seehofer
- **Regierungschef:** Bundeskanzler Markus Söder
- **Stellung zur Krise:** PRO EU und Initiator des Brüsseler Pakts

Allgemeine Informationen:

- Deutschland ist eine parlamentarische Demokratie bestehend aus 16 Bundesländer.
- Deutschland ist Gründungsmitglied der Europäischen Union, damals EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) genannt.
- Es ist das wirtschaftlich stärkste Land in der EU.

Interessant:

Nach der Wahl vom rechtskonservativen Armin Laschet zum Bundeskanzler in 2021, stellte der Bundestag ein Misstrauensvotum gegen den Kanzler nach dem Ausbruch eines Korruptionsskandals in der Autoindustrie. Markus Söder ergriff die Möglichkeit und wurde als Ersatz für Laschet gewählt.

2. Frankreich

- **Staatsoberhauptin:** Staatspräsidentin Marine Le Pen
- **Regierungschef:** Premierminister Jean Castex
- **Stellung zur Krise:** PRO EU und Initiator des Brüsseler Pakts

Allgemeine Informationen:

- Die französische Republik versteht sich als eine „semipresidentielle“ Demokratie.
- Frankreich war einer der Gründungsmitglieder der Europäischen Union, unterzeichnete alle Römische Verträge, war aber seit den 1950er gegen das Entstehen einer europäischen Armee.
- Frankreich ist das zweitgrößte Land der Europäischen Union, was die Bevölkerung betrifft.
- Das Land verfügt noch über Überseeterritorien, die als ehemalige Kolonien gelten. Dort leben noch über 2 Millionen Menschen, die die französische Staatsbürgerschaft haben.

Interessant:

Nach dem Ende der Regierung von Emmanuel Macron wurden alle politischen Kräfte in Frankreich vom Rechtspopulismus überrollt. Die Nationalfront von Marine Le Pen hat die Wahlen 2022 mit einer absoluten Mehrheit gewonnen. Trotz nationalistischen Traditionen, fordert Le Pen eine starke EU-Integration, um einen Gegenpol gegenüber den Vereinigten Staaten aufzustellen.

3. Italien

- **Staatsoberhaupt:** Präsident Vito Crimi
- **Regierungschef:** Ministerpräsident Beppe Grillo

- **Stellung zur Krise: GEGEN EU**

Allgemeine Informationen:

- Italien wurde 1861 gegründet und ist eine parlamentarische Demokratie.
- Die Beziehung zur Europäischen Union war von Anfang an entscheidend für die italienische Regierung. Italien ist Gründungsmitglied der Europäischen Union, und war Mitinitiator verschiedener europäischen Integrationsinitiativen, wie z.B. die Europäische Politische Zusammenarbeit, die später zur Namensänderung von Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union geführt hat.
- Italiens politische Krise ist ein dauerhafter Zustand. Es ist sehr schwierig, langfristige politische Koalitionen aufzustellen.
- Italien gilt als Eintrittsland für die Migration aus nordafrikanischen Ländern.
- Italien ist die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt.

Interessant:

Nach Jahren eines politischen Kampfes ist Beppe Grillo 2023 endlich gelungen, mit seiner Partei Movimento 5 Stelle eine Regierung zu bilden mit ihm als Ministerpräsident. Grillo versprach eine Lösung für die enormen Migrationswellen aus afrikanischen und arabischen Ländern, die die Bevölkerung in Italien zu Protesten bewegt hat. Er hat das Problem bis heute nicht mal ansatzweise gelöst.

4. Königreich der Niederlande

- **Staatsoberhauptin:** Königin Catharina-Amalia
- **Regierungschef:** Ministerpräsident Geert Wilders
- **Stellung zur Krise: GEGEN EU**

Allgemeine Informationen:

- Die Niederlande sind eine parlamentarische Demokratie, d.h. das Parlament wird zwar vom Volke gewählt, aber es ist die Königin, die die Regierung bestätigt.
- Das Land gründete zusammen mit Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg die Montanunion, auch gekannt als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die EGKS war die Vorgängerin der Europäischen Union.
- Die Niederlande sind auf Platz 1 in der Liste der besten Gesundheitssysteme in Europa und gehören zu den 10 besten Demokratien der Welt.

Interessant:

König Wilhelm-Alexander ist nach einer COVID-22 Erkrankung gestorben. Ministerpräsident Mark von Rutte wurde abgewählt aufgrund vom sogenannten „Kindergeldskandal“, bei dem Millionensummen von der Regierung zu Unrecht von den Bürgern kassiert wurden. Die Proteste im Land gegen die EU sind in den letzten Monaten gewaltig geworden

5. Königreich Schweden

- **Staatsoberhaupt:** Königin Victoria von Schweden
- **Regierungschefin:** Ministerpräsidentin Isabella Lövin
- **Stellung zur Krise:** NEUTRAL

Allgemeine Informationen:

- Schweden hat die Staatsform einer parlamentarischen Monarchie.
- Das Land hat sich bis Ende des Kalten Krieges immer als neutral betrachtet. Erst nach dem Fall der Berliner Mauer hat es sich den europäischen Institutionen angeschlossen. Schweden ist seit 1995 in der EU.

- Für Schweden ist der Handel in der EU ganz wichtig, weil Deutschland der wichtigste Handelspartner ist.
- Schweden wird als das Beispiel für einen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft betrachtet. Das Land pflegt eine Mischung dieser zwei Systeme in seiner politischen und wirtschaftlichen Struktur.

Interessant:

König Carl Gustav hat nach seinem Goldenen-Thronjubiläum 2023 sein Amt als König zugunsten seiner Tochter Viktoria niedergelegt. Die neue Königin wünschte sich eine aktivere Rolle Schwedens in der Welt. Allerdings ist Schweden das Land, das die schlimmsten Folgen von COVID-22 erlitten hat mit einer Infizierungsrate von 65% der Gesamtbevölkerung. Der sogenannte „Schwedischer-Sonderweg“ zum Umgang mit der neuen Pandemie war die falsche Strategie und hat Millionen Schweden das Leben gekostet.

6. Republik Finnland

- **Staatsoberhaupt:** Präsident Sauli Niinistö
- **Regierungschefin:** Ministerpräsidentin Sanna Marin
- **Stellung zur Krise:** NEUTRAL aber für den Brüsseler Pakt

Allgemeine Informationen:

- Finnland ist eine parlamentarische Demokratie und seit 1995 Mitglied der EU.
- Die Mehrheit der 5,5 Millionen Finnen lebt in und rund um die Hauptstadt Helsinki, so ist das Land ein sehr dünn besiedeltes Land.
- Finnland war früher ein Teil von Schweden und danach ein Großfürstentum des Russischen Reichs. Es gelang seine Unabhängigkeit in 1917.

- Sanna Marin war zur Zeit ihrer Wahl 2019 die jüngste Regierungschefin der Welt und gehört der finnischen sozialdemokratischen Partei (SDP), von der sie auch die Vorsitzende ist.

Interessant:

Nach ihrem Erfolg als Ministerpräsidentin wurde Sanna Marin im Jahr 2023 wiedergewählt. Besonders erfolgreich war ihr Programm gegen die Obdachlosigkeit in Finnland unter dem Namen „Housing First“.

7. Republik Österreich

- **Staatsoberhaupt:** Bundespräsidentin Renate Brauner
- **Regierungschefin:** Bundeskanzlerin Pamela Rendi-Wagner
- **Stellung zur Krise:** PRO EU

Allgemeine Informationen:

- Österreich bezeichnet sich als eine semipräsidentiell-parlamentarische Demokratie, d.h. eine Mischung aus Elementen beider Modelle. Das Staatsoberhaupt ist abhängig vom Parlament, das auch den Regierungschef wählt.
- Österreich ist erst seit 1995 in der Europäischen Union.
- Die Außenpolitik Österreichs wird seit 1955 von einer immerwährenden Neutralität charakterisiert.
- Die politische Tradition in Österreich wird von den zwei größten Volksparteien geprägt. Die konservative Volkspartei ÖVP und die sozialdemokratische Partei SPÖ sind die größten politischen Kräfte im Land.

Interessant:

Der ehemalige Kanzler Sebastian Kurz wurde abgesetzt aufgrund von der „Ibiza-Affäre“ aus dem Jahr 2019, bei der er des Machtmissbrauchs beschuldigt wurde. Mit Pamela Rendi-Wagner ist zum zweiten Mal eine Frau an der Spitze der Regierung in Österreich. Das Land hat ein massives Migrationsproblem mit Flüchtlingen, die über Ungarn nach Deutschland fliehen wollen.

8. Republik Polen

- **Staatsoberhaupt:** Staatspräsident Andrzej Duda
- **Regierungschef:** Ministerpräsident Mateusz Morawiecki
- **Stellung zur Krise:** GEGEN EU

Allgemeine Informationen:

- Polen ist eine parlamentarische Republik und hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges in einer modernen Demokratie entwickelt.
- Es ist das größte und bevölkerungsreichste Land in Osteuropa (das sechstgrößte Land in Europa und das fünftbevölkerungsreichste).
- Polen ist seit der EU-Osterweiterung in 2004 Mitglied der Europäischen Union und eine der stärksten Volkswirtschaften.
- Die Vereinten Nationen bezeichnen Polen als ein Land mit einer sehr starken menschlichen Entwicklung.

Interessant:

Nach einer polemischen Verfassungsreform durch ein Referendum, wurde Staatspräsident Andrzej Duda 2025 zum zweiten Mal bis 2030 wiedergewählt. Das Referendum wurde von der EU-Kommission und vom EU-Parlament als „rechtswidrig“ eingestuft. Dies hat zu

einer „Abkühlung“ der Beziehungen zwischen Polen und der EU geführt. Die Kredite vom Internationalen Währungsfond haben das Land in einer tiefen Krise gestürzt. Duda muss jetzt entscheiden, ob es sich für sein Land lohnt, in der EU zu bleiben.

9. Republik Ungarn

- **Staatsoberhaupt:** Staatspräsident Gábor Kubatov
- **Regierungschef:** Ministerpräsident Viktor Orbán
- **Stellung zur Krise:** GEGEN EU

Allgemeine Informationen:

- Ungarn ist eine parlamentarische Republik. Der Präsident wird vom Parlament gestellt, das vom Volk gewählt wird.
- Obwohl Mitglied der Europäischen Union seit 2004, Ungarn war nie zufrieden mit dieser Zugehörigkeit. Die Verfassungsreformen von 2013, die dem Präsidenten Sonderbefugnisse gibt, wurde stark von der EU kritisiert.
- Freedom House betrachtet Ungarn als „unvollendete Demokratie“.
- Die Beziehung zu Russland und dessen Einfluss auf die ungarische Regierung stellten Ungarn auf einer Sonderposition innerhalb der EU. Das Land strebt mehr nach einer positiven Beziehung zum ehemaligen Ostblock-Partner als zu den anderen EU-Staaten.
- Seit 2009 ist die rechtskonservative Regierungspartei Fidesz in Ungarn kontinuierlich gegen die EU.

Interessant:

Viktor Orbán hat seit 2020 zur Zeit der ersten COVID Pandemie Sondergesetze zum Schutz der Bevölkerung erlassen. Diese Gesetze geben ihm aber auch Sonderbefugnisse, um das Land per Dekret zu regieren. So kam es, dass Orbán sein Amt bis 2025 nicht

verlassen hat und die Sondergesetze bis auf einer unbestimmten Zeit verlängert hat. Die Opposition wirft Orbán vor, sich nicht demokratisch zu verhalten, weil er keine neuen Wahlen erlaubt. Die EU hat schon drei Verfahren gegen Ungarn eingeleitet. Eines davon beinhaltet wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land.

GESCHÄFTSORDNUNG¹ POLITIKUM JAHR XXV

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den jeweiligen Vorsitzenden vorgeschlagen. Im Plenum wird dann über die Reihenfolge der zu behandelnden Themen diskutiert und entschieden.

Aufgaben des Vorsitzes

Der Vorsitz muss die Eröffnung und die Beendigung jeder Sitzung erklären, die Erfüllung der Regeln sicherstellen, den Verlauf der Rednerliste verfolgen, die Abstimmungen für Anträge und Resolutionsentwürfe führen und dessen Ergebnisse verkünden.

Debatte

1. Der Vorsitz schlägt Begrenzungen in der Zeit für die Rednerliste vor und macht die Delegierten drauf aufmerksam, wenn ihre Aussagen nicht relevant sind. Außerdem garantiert der Vorsitz das Recht auf Antwort, reagiert auf Anträge auf Nachfrage und schlägt die Beendigung der Debatte vor.
2. Die Resolutionsentwürfe werden direkt mit Aufheben der Hände abgestimmt. Jede Delegation muss sich zwischen „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ entschließen. Es ist Verantwortung des Vorsitzes die Stimmen zu zählen und das Ergebnis zu verkünden.

Enthaltung ist nur bei der Abstimmung über Resolutionsentwürfe erlaubt.

¹ Das folgende Regelwerk für den Ministerrat wurden von aus den Regeln des National Model United Nations adaptiert. Die ursprüngliche Fassung der Geschäftsordnung gehört dem National Model United Nations. POLITIKUM benutzt diese Geschäftsordnung nach schriftlicher Erlaubnis vom 15. April 2021. Es ist nicht erlaubt dieses Regelwerk ohne Kenntnis und Erlaubnis von NMUN oder von POLITIKUM zu benutzen.

3. Wenn eine Delegation es für nötig empfindet, hat diese das Recht, eine namentliche Abstimmung zu fordern.

Arbeitssitzungen

Formelle Sitzung

- Wird vom Vorsitz moderiert.
- Redner müssen sich in die Rednerliste eintragen lassen (die Begrenzung der Zeit wird vom Vorsitz vorgeschlagen und von den Delegierten entschieden).

Moderierte Sitzung

- Moderiert von einer Delegation oder vom Vorsitz.
- Es gibt keine Rednerliste.
- Gelegenheit, über das Thema ausführlicher und fließender zu debattieren.

Informelle Sitzung

Die Formale Sitzung wird kurzzeitig aufgehoben, damit die Delegierten anfangen Koalitionen zu bilden und Resolutionsentwürfe vorzubereiten.

Arbeitsdokumente

Arbeitsblatt: Es ist ein Dokument, in dem die Lösungen erscheinen und Methoden der Implementierung, die eine Gruppe Delegationen gefunden hat, um das Thema zu behandeln.

Änderungsantrag

Änderungsanträge dienen dazu, den vorliegenden Resolutionsentwurf zu modifizieren (streichen, hinzufügen, ersetzen).

Sie werden nach der Veröffentlichung des Resolutionsentwurfes dem Vorsitz schriftlich übergeben. Der Vorsitz liest sie dann vor. Die Delegation, die den Änderungsantrag gestellt hat, darf ihn kurz vorstellen und andere Delegationen haben die Möglichkeit einen Antrag auf Nachfrage zu stellen, um Frage zu klären.

Zusätzlich dürfen die Delegationen freundliche oder unfreundliche Änderungsanträge stellen. Diese werden mündlich formuliert. Diese Änderungsanträge sind Vorschläge an den Einbringen. Dieser darf sie akzeptieren oder ablehnen.

Resolutionsentwurf: korrigiertes und vom Vorsitz genehmigtes Arbeitsblatt.

Resolution: Resolutionsentwurf, für den die Mehrheit der Delegationen gestimmt hat.

Alle Dokumente müssen mit Computer geschrieben werden und die offizielle Form respektieren.

Anträge an die Geschäftsordnung

Antrag auf Unterbrechung der Debatte

- Um in eine Informelle Sitzung von 10 – 30 Minuten überzugehen.
- Um in eine Moderierte Sitzung von 10 – 30 Minuten überzugehen.
- Um die Sitzung auf den nächsten Tag / bis nach der Mittagspause zu vertagen.

Antrag auf Schließung der Rednerliste

Dieser Antrag wird dann gestellt, wann eine Delegation der Meinung ist, dass genug über ein bestimmtes Thema debattiert wurde. Der Vorsitz entscheidet dann und lässt oder nicht über diesen Antrag abstimmen.

Wenn dieser Antrag angenommen wird, dürfen keine weiteren Länder in die Rednerliste eingetragen werden.

Antrag auf Wiedereröffnung der Rednerliste

Dieser Antrag darf nur gestellt werden, wenn die Rednerliste geschlossen wurde.

Antrag auf Schließung der Debatte

Wenn dieser Antrag gestellt wird, dürfen ein Delegierter dafür und ein Delegierter dagegen Stellung nehmen. In dem Fall, dass die Mehrheit der Delegationen für den Antrag stimmen, kommt es zu einer sofortigen Abstimmung über den vorliegenden Änderungsantrag oder den gesamten Resolutionsentwurf.

Anfrage zur Geschäftsordnung

Wird dann gestellt, wenn Fragen bezüglich des Ablaufs der Debatte oder der Geschäftsordnung auftreten.

Antrag auf Widerruf der Entscheidung des Vorsitzes

Dieser Antrag wird gestellt, wenn eine oder mehrere Delegationen der Meinung sind, der Vorsitz habe einen Fehler begangen. Eine Zweidrittel-Mehrheit ist hierfür nötig.

Redebeiträge

Die Delegierten lassen sich mittels eines kurzen Zeichens an den Vorsitz (z.B. der kurzen Hebung ihres Länderschildes) in die Rednerliste eintragen.

Wenn nicht genügend Länder auf der Rednerliste stehen und es noch nicht viele Beiträge zu einem neu eröffneten Thema gegeben hat, darf der Vorsitz Delegationen in die Rednerliste eintragen.

Gründe für eine Verwarnung seitens des Vorsitzes

- a. Verstoß gegen die Regeln.
- b. Verspätung oder Fehlen zu einer Sitzung.
- c. Tragen von ungeeigneter bzw. informeller Kleidung.

- d. Während der Debatte Essen, Trinken oder Kaugummi kauen.
- e. Sabotage der Debatte (z.B. irrelevante Aussagen machen)
- f. Gebrauch obszöner Sprache / Schimpfwörter.
- g. Verbale oder physische Angriffe.

Kleiderordnung und Akkreditierung

Alle Delegierte müssen bei der gesamten Konferenz, d.h., wenn sie eingeschaltet sind, formelle Kleidung tragen.

Die Delegierten bekommen einen Hintergrund für den Bildschirm, das gleichzeitig ihr Konferenzausweis gilt und die entsprechende Akkreditierung ermöglicht.

ZEITPLAN DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION²

Die Simulation POLITIKUM JAHR XXV wird von MS-Teams nach folgendem Zeitplan in einem virtuellen Klassenzimmer durchgeführt:

Donnerstag 27. Mai	
18.00 – 19.00	Einweihung POLITIKUM JAHR XXV
Freitag 28. Mai	
16.00 – 17.00	Delegationen eröffnen Reden
17.00 – 19.00	Formelle Sitzung I
Samstag 29. Mai	
9.00 – 12.00	Formelle Sitzung II
12.00 – 14.00	Mittagessen
14.00 – 17.00	Formelle Sitzung III
Sonntag 30. Mai	
9.00 – 12.00	Formelle Sitzung IV
12.00 – 14.00	Mittagessen
14.00 – 16.00	Abstimmungen
16.00 – 17.00	Abschlußfeier und Vergabe von Diplomen

² Um die Teilnahmebescheinigung für die Simulation zu erhalten, müssen die Schüler an der Fortbildung und mindestens 2 von 3 Tagen Simulation teilgenommen haben.



P  LITIKUM
Educación Ciudadana y Simulaciones Académicas

www.politikumecuador.com